

Rede Dr. Dennis Maelzer, 8. August 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren,

als Geschäftsführer der Felix-Fechenbach-Stiftung begrüße ich Sie zur diesjährigen Gedenkveranstaltung heute 93 Jahre nach nachdem seine Mörder an dieser Stelle Felix Fechenbach in den Rücken schossen.

Mein Gruß gilt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Besonders möchte ich Herrn Bürgermeister Scherf für die Stadt Warburg und Corinna Peter-Werner, stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Detmold begrüßen. Vielen Dank, dass beide Städte erneut auf diese Weise ihre Verbundenheit zu dieser Gedenkveranstaltung zum Ausdruck bringen. Ich grüße auch die Vorstandsmitglieder der Felix-Fechenbach-Stiftung, insbesondere unsere Vorsitzende Katrin Freiberger.

Ein herzlicher Gruß geht auch an die Mitglieder der SPD Lippe und der SPD Höxter-Warburg. Patrick Engelbracht wird im weiteren Verlauf zu uns sprechen. Und wir freuen uns natürlich darüber, dass Vertreter der Medien gekommen sind, um über unsere Veranstaltung zu berichten. Ganz besonders freuen wir uns über die Teilnahme von Ingo Stucke unseres heutigen Hauptredners.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns heute hier an dieser Stelle versammeln, dann tun wir es in einer Zeit, in der manche Menschen behaupten, in Deutschland dürfe man seine Meinung nicht frei äußern. „Man darf ja überhaupt nichts mehr sagen.“ Diesen Satz gebrauchen Menschen gerne, nachdem sie bereits reichlich viel gesagt haben. Sei es über Geflüchtete, über Menschen mit einem anderen Glauben, über Politiker oder über so genannte Systemparteien. Die Meinungsfreiheit lässt in Deutschland sehr viel zu. Selbst wenn junge Menschen auf Sylt zu

Discomusik in die Videokamera „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ singen, wird dies von deutschen Gerichten nicht notwendigerweise bestraft.

Was meinen also Menschen, wenn Sie behaupten: Man darf in Deutschland ja gar nichts mehr sagen? Sie meinen, dass ihr Rassismus, ihr Hass auf Vielfalt und Toleranz, ihr Ressentiment gegenüber demokratischen Parteien und nichtstaatlichen Organisationen gefälligst unwidersprochen bleiben soll. Sie fordern Freiheit für ihre Meinung und nur für ihre Meinung. Genau dieser Absolutheitsanspruch, die mangelnde Bereitschaft Widerspruch oder auch nur Differenziertheit auszuhalten, ist das Gegenteil von Meinungsfreiheit.

Felix Fechenbach war jemand der die Meinungsfreiheit genutzt hat. Er hat Sie als Politiker und als Journalist genutzt um Widerspruch zu üben. Widerspruch gegen das Erstarken der Nazis zu seiner Zeit. Er tat das mit allem was ihm gegeben war. In Wort und Schrift. Als politischer Redner und mit spitzer Feder. Berühmt wurden seine ironischen Kolumnen in denen er als „Nazi-Jüsken“ Interna aus der lippischen NSDAP preisgab.

Wie schnell die Meinungsfreiheit sterben kann, zeigt sich an Beispiel Fechenbachs sehr anschaulich. Nach der lippischen Landtagswahl am 15. Januar 1933 wurde ihm von den Nazis Redeverbot erteilt. Er durfte nicht auftreten, zu politischen Themen hatte er zu schweigen. Die Reichstagsbrandverordnung wurde genutzt, um das sozialdemokratische Volksblatt, das Organ für das Fechenbach schrieb, zu verbieten. Dies geschah am 3. März 1933. Am 11. März 1933 wurde Fechenbach in so genannte Schutzhaft genommen. Und an dieser Stelle brachten ihn Nazis am 7. August 1933 mit 20 Schüssen in den Rücken endgültig zum Schweigen. Ein Grund dafür war wohl auch, dass Fechenbach den

Informanten, der ihm Interna aus der Nazi-Partei steckte, nicht verraten wollte.

So sieht es aus, wenn Meinungsfreiheit stirbt.

Und auch heute ist die Meinungsfreiheit bedroht. Nicht so, wie es uns manche erzählen, die einzig und allein einen Freibrief für Hass und Hetze wollen. Sie ist ganz konkret von Vertretern einer Partei bedroht. Und diese Partei hat einen Namen: AfD.

Lassen Sie mich nur ein paar Beispiele nennen: Der AfD-Abgeordnete Brandner sprach davon Angela Merkel anklagen zu wollen, um „die alte Fuchtel in den Knast“ zu stecken. In Bezug auf die Corona-Politik sagte er: „Die Regierenden von damals und deren Vollstrecker gehören nach meiner Auffassung in den Knast.“ Der AfD-Abgeordnete Hilse meinte zu dem gleichen Thema: „Wir werden diejenigen, die dafür verantwortlich sind, ins Gefängnis bringen. Versprochen.“ Der Brandenburger AfD-Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt sagte über Marco Buschmann, der als Justizminister für das Selbstbestimmungsgesetz verantwortlich war: „Wer so etwas beschließt, ist geisteskrank oder muss weggesperrt werden ins Gefängnis.“ Und der Abgeordnete René Springer sagte im Januar 2025 - also zu dem Zeitpunkt als die Regierung Scholz nur noch von SPD und Grünen getragen wurde: „Die Extremisten sitzen in Berlin auf der Regierungsbank und die müssen weg und die Hälfte von denen muss in Handschellen abgeführt werden.“

Das sind nur einige Beispiele in denen AfDler politischen Gegnern mit Gefängnis und Entrechtung drohen. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Man denke nur an den AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland, der

Vertreter anderer Parteien nicht nur jagen, sondern ganz konkret die SPD-Abgeordnete Aydan Özoğuz in Anatolien entsorgen wollte.

Meine Damen und Herren,

auch deswegen werden wir heute unsere Meinungsfreiheit nutzen. Wir werden Felix Fechenbach gedenken und unsere Lehren für die heutige Zeit ziehen. Und auch ich will meine Meinungsfreiheit nutzen und an dieser Stelle sagen: Für mich ist die AfD ein Fall für das Bundesverfassungsgericht. Ein Verbot dieser Partei muss gerichtlich überprüft werden. Wir dürfen nicht noch ein weiteres Mal darauf warten, bis aus Worten Taten werden.

Ich danke Ihnen und Euch für das Kommen. Ich freue mich sehr, dass Herr Bürgermeister Tobias Scherf und Corinna Peter-Werner heute Grußworte für die Städte Warburg und Detmold bei unserer Gedenkfeier sprechen werden. Im Anschluss spricht Ingo Stucke die Gedenkrede. Das Schlusswort wird Patrick Engelbracht von der Warburger SPD halten.